AK und SPÖ fordern weiter mehr Arbeitslosengeld

2020-04-23 16:24

Arbeiterkammer und SPÖ kritisierten heute, dass der SPÖ-Antrag auf Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe im Sozialausschuss abgelehnt wurde. AK-Präsidentin Renate Anderl erneuerte in einer Aussendung die Forderung nach einem Zuschlag beim Arbeitslosengeld sowie bei der Notstandshilfe in Höhe von rund 30 Prozent.

„Für die Unternehmen hat die Regierung richtigerweise viel Geld in die Hand genommen, um rasch zu helfen. Das ist jetzt auch zur Absicherung jener notwendig, die ihre Arbeit verloren haben oder noch verlieren werden“, so Anderl. Arbeitssuchende seien zudem eine „nicht unwesentliche Konjunkturstütze“, da ihr Geld nahezu „eins zu eins in den Konsum“ fließe, so Anderl.

Muchitsch: Ablehnung „völlig unverständlich“

SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch begrüßte in einer Aussendung zwar, dass das Abrutschen vom Arbeitslosengeld in die Notstandshilfe befristet verhindert wird. Aber die Regierungsvorlage reicht ihm nicht, die Regelung kommt zu spät und fasse mit der Befristung 1. Mai bis Ende September zu kurz. „Völlig unverständlich“ ist für Muchitsch die Ablehnung des SPÖ-Antrages. Damit hätten die derzeit 600.000 arbeitslosen Menschen, „die jetzt noch schwerer wieder einen Job finden“, 70 und nicht nur 55 Prozent des letzten Nettogehalts als Arbeitslosengeld bekommen.